Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Bocholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolking. Werth: Th. Parr. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 170 | Mittwoch, den 20. Juni | Jahrgang 1928

Die erste Lesung des Regierungsprogramms beendet.

Die Meinungsverschiedenheiten im interfraktionellen Ausschuß bestehen fort.

Müller-Franken formuliert das Ergebnis der Verhandlungen.

÷ **Berlin**, 19. Juni. (Drahtber.)

Auf dem Wege, der zur Bildung einer neuen Reichsregierung führen soll, ist die erste Etappe erreicht. Drei Tage lang, nämlich am Samstag, Montag und heute, fanden stundenlange Beratungen über die sachlichen Voraussetzungen statt. Im allgemeinen wurde eine Einigung erzielt. In mehreren wichtigen Fragen konnte allerdings die Differenz nicht beseitigt werden, nämlich über den Bau des neuen Panzerkreuzers und über die Amnestie. Diese beiden Probleme standen am Dienstag zur Debatte. Die Sozialdemokratische Partei besteht nicht mehr auf der Streichung der ersten Rate zum Bau des Panzerkreuzers, sondern will lediglich den Reichsratsbeschluß, der den Beginn des Baus des Kreuzers bis zum 1. Oktober hinausgeschoben hat, einer Ueberprüfung hinsichtlich des Bautermins unterziehen. In der Amnestiefrage liegen bekanntlich die Gesetzentwürfe der verschiedenen Parteien dem Rechtsausschuß vor, dessen Aufgabe es sein wird, sie zu einem einheitlichen Gesetz zusammenzuschweißen. Die Sozialdemokratie stellt die Forderung, daß der Amnestieentwurf noch in dieser Reichstagstagung zur Verabschiedung kommt. Die Bayrische Volkspartei aber lehnt eine Reichsamnestie rundweg ab, weil nach ihrer Auffassung ein Straferlaß ausschließlich Sache der Justizhoheit der Länder sei.

Auch bezüglich der Steuerfragen bestehen einige Meinungsverschiedenheiten. Hier machte namentlich das Verlangen der Sozialdemokratie Schwierigkeit, das steuerfreie Existenzminimum auf 140 Mk. im Monat heraufzusetzen. Dagegen erscheint man sich bereits einverstanden erklärt zu haben mit der Verabschiedung eines Gesetzes über die Nachtragserhebung bei der Vermögenssteuer, die bereits im vorigen Reichstag gesetzlich festgelegt war. Dagegen stieß auf starken Widerspruch die sozialdemokratische Forderung nach einmaliger Erhebung einer Vermögenszuwachssteuer, um im Rahmen eines Reichsrentnergesetzes die Rentnerfürsorge zu finanzieren.

Die Schulfrage wurde, wie wir hören, heute nicht mehr in den Bereich der Erörterungen gezogen. Sie hat aber in den internen Beratungen der Parteiführer eine umfassende Rolle gespielt. Die Widerstände gingen insbesondere von volksparteilicher und demokratischer Seite aus. Das Zentrum verlangte aber, daß die Regierungserklärung den Willen der künftigen Regierung zum Ausdruck bringe, ein den Bestimmungen der Reichsverfassung entsprechendes Schulgesetz in Vorlage zu bringen.

Die Verhandlungen, die heute stattfanden, bildeten gewissermaßen den Abschnitt der ersten Lesung des Regierungsprogramms. Der Abg. Müller-Franken beabsichtigt auf Grund der bisherigen Ergebnisse dieser Verhandlungen die Grundzüge eines Regierungsprogramms zu formulieren, das er bei den Verhandlungen mit den Parteien, die am Mittwoch nachmittag fortgesetzt werden, den Fraktionen vorlegen will. Um dem Abg. Müller für diese Arbeit und den Fraktionen für die ferneren Besprechungen über das bisherige Verhandlungsergebnis Zeit zu lassen, wurden für Dienstag nachmittag und Mittwoch morgen keine Sitzungen des interfraktionellen Ausschusses anberaumt. Dagegen traten mehrere Fraktionen zusammen, um die Berichte ihrer Unterhändler entgegenzunehmen.

Gehen die Verhandlungen weiter so schleppend voran, wie in den letzten Tagen, so ist in dieser Woche mit dem Abschluß der Beratungen kaum zu rechnen. Allerdings herrscht auch in einigen Kreisen des Reichstages die optimistische Auffassung, daß eine Einigung nunmehr sehr rasch erzielt werden könne, nachdem die einzelnen in Betracht kommenden Fraktionen alle ihre Forderungen angemeldet hätten. Man sagt, das Programm, das Hermann Müller ausarbeitet, um es morgen den Parteien vorzulegen, werde ziemlich allgemein gehalten sein, und man werde voraussichtlich die Probleme, in denen eine Einigung nicht möglich ist, der späteren Entscheidung des Kabinetts überlassen. Dieser Ausweg würde bedeuten, daß die bisher recht schleppend verlaufenen Verhandlungen nun doch in einem beschleunigteren Tempo vonstatten gehen werden, so wie es ja von allen Seiten immer dringender gefordert wird. Wie weit diese neue Taktik zum Ziel führt, muß allerdings abgewartet werden.

*

Sozialdemokratische Feststellung der Differenzpunkte.

× **Berlin**, 19. Juni.

Die sozialdemokratische Reichstagfraktion nahm in ihrer Sitzung am Dienstag nachmittag den Bericht ihrer Unterhändler über die interfraktionellen Verhandlungen zur Regierungsbildung entgegen. In der Aussprache wurden insbesondere die Differenzpunkte erörtert, die in den interfraktionellen Verhandlungen hervorgetreten sind. Abgesehen von der Frage des Baues des Panzerkreuzers A bestehen diese Differenzen in folgenden Fragen: Während die Sozialdemokratie die sofortige Verabschiedung des im Reichsrat beschlossenen Gesetzentwurfs über die Erklärung des 11 August zum gesetzlichen Feiertag verlangt, haben dazu bisher nur das Zentrum und die Demokraten ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt. Eine zweite Differenz besteht in der Frage des Zeitpunktes und des Umfanges der Amnestie. Auch über die Vorbehalte bei der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ist bisher keine Einigung erzielt worden. Stark voneinander abweichende Anschauungen bestehen auch in der Steuerfrage, wo die Sozialdemokratie die sofortige Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums für die kleinen Einkommen verlangt, die Deutsche Volkspartei dagegen eine Senkung des Tarifs der mittleren Einkommen fordert. Schließlich ist auch bisher keinerlei Verständigung bezüglich der Wohnungspolitik erzielt worden. Die Deutsche Volkspartei verlangt den weiteren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, die Sozialdemokratie u. a. Erhaltung des Mieterschutzes und soziales Miets- und Wohnrecht.

Die Fraktion sprach den Unterhändlern ihr Vertrauen aus und beauftragte sie, bei den morgigen Verhandlungen auf eine Klärung der Voraussetzungen über die Regierungsbildung zu dringen.

Die Fraktion wird am Mittwoch um 7 Uhr zur Entgegennahme des weiteren Berichts ihrer Unterhändler wieder zusammentreten.

*

Die Demokraten melden neue Forderungen an.

◇ **Berlin**, 19. Juni.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei nahm in ihrer Fraktionssitzung am Dienstag nachmittag den Bericht ihrer Verhandlungsführer, der Abgeordneten Koch-Weser und Dietrich-Baden, entgegen, sie stellten eine Reihe von Forderungen zusammen, insbesondere solche auf dem Gebiete des Schulwesens, des Einheitsstaates, der Wirtschaftspolitik u. der Finanzpolitik. Die demokratischen Verhandlungsführer werden diese Forderungen bei der Fortsetzung der Verhandlungen am Mittwoch den anderen Parteien unterbreiten. Die nächste Fraktionssitzung wird je nach Lage des Fortgangs der Verhandlungen berufen werden.

In der demokratischen Fraktionssitzung herrschte einmütig Mißstimmung über die Art der Verhandlungen über die Regierungsbildung. Man war der Meinung, daß man nicht unter den Fraktionen über alle möglichen Einzelheiten verhandeln solle, die vielleicht garnicht aktuell zur Auswirkung kommen können, sondern daß man die Regierung bilden und den verantwortlichen Ministern die Aufstellung eines Programms überlassen sollte.

*

Optimismus im Reichstag.

♥ **Berlin**, 19. Juni.

Wie im Reichstage verlautet, wird Hermann Müller-Franken das in Aussicht gestellte Exposé den Fraktionen bereits morgen vormittag um 11,30 Uhr zuleiten, um ihnen die Möglichkeiten zu geben, ihren Standpunkt zu den einzelnen Punkten bereits bis zum Zusammentritt der interfraktionellen Konferenz am Nachmittag zu klären. In parlamentarischen Kreisen wird betont, daß es nunvon dem Exposé, das die Grundlage der Regierungserklärung bilden soll, abhängen wird, ob man bereits morgen zu endgültigen Entschlüssen über das Programm der Koalition kommen kann. Die Veröffentlichung der Sozialdemokratie über ihre heutige Fraktionssitzung wird als ein Druck in der Richtung einer stärkeren Beschleunigung der Verhandlungen angesehen. Zweifellos ist in mehreren wichtigen Fragen noch keine Uebereinstimmung erzielt. In parlamentarischen Kreisen will man aber wissen, daß doch bereits stärkere Kompromißmöglichkeiten in den Vordergrund rücken. In gut unterrichteten Kreisen des Reichstages kennzeichnet man die Situation im Ganzen dahin, daß die noch nicht behobenen Schwierigkeiten zwar nicht zu verhehlen sind, daß aber der Wille für Verständigung immer deutlicher in die Erscheinung getreten ist und somit die Aussichten der Regierungsbildung immerhin zuversichtlicher beurteilt werden können.

*

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

○ **Berlin**, 19. Juni.

„Der Deutsche" veröffentlicht eine Reihe von Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur zukünftigen Regierungspolitik. An der Spitze seiner Wünsche für die Gestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse Deutschlands stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund die Forderung, daß eine durchgreifende Revision der Reparationsverpflichtungen mit allen dafür geeigneten Mitteln angestrebt werden müsse. Zur Herbeiführung dauerhafter Verhältnisse sei weiter notwendig, daß die seit Jahren schwebende Frage des Finanzausgleichs zwischen dem Reich und den Ländern so geregelt werde, daß allen daran beteiligten öffentlichen Körperschaften die Erfüllung ihrer der Volkswohlfahrt dienenden Aufgaben möglich sei. Die dringend notwendige Verwaltungsreform sei so zu gestalten, daß sie mit dem Ziele weitestgehender Vereinfachung aller Verwaltungsaufgaben der Selbstverwaltung mehr als bisher Raum und Betätigungsmöglichkeit gibt.

Im einzelnen fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund u. a.: Stärkere Einflußnahme des Staates und der Arbeitnehmer auf die monopolitischen Unternehmerorganisationen Kartelle und Truste, Verbot der Bindung des Einzelhandels durch Syndikate, Kartelle und durch den „Markenschutzverband" hinsichtlich des Kleinhandelspreises, Durchführung einer Zoll-, Ein- und Ausfuhrpolitik, die den stärkeren Anschluß Deutschlands an den Welthandel erleichtert, paritätische Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter in den öffentlich rechtlichen Berufskammern. Förderung aller Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft erforderlich sind, Vorlage und Durchführung eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, alsbaldige Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes mit dem Ziele, die Durchführung des Achtstundentages und einen besseren Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen zu sichern, ferner die Sonntagsruhe in Handel und Gewerbe zu verwirklichen und die Arbeitsaufsicht zu vereinheitlichen, Ausbau der Sozialversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Lage der älteren Arbeiter und Angestellten, weiterer Ausbau des Betriebsrätegesetzes, Schaffung des Tarifvertragsrechtes, Schaffung des sozialen Hausgartungsangestelltenrechtes, soziale Gestaltung des Bildungswesens u. a. in der Richtung, daß auch den Begabten aus den minder bemittelten Kreisen der Aufstieg in andere Schichten mehr ermöglicht wird, verstärkte Förderung des Wohnungsbaues, Senkung der Neubaumieten zwecks Angleichung an die Altbaumieten, beschleunigte Vorbereitung eines sozialen Mieterrechtes.

Auch in Preußen kommt die Sache in Fluß.

Der volksparteiliche Viererausschuß, der bisher untätig war, geht zum Ministerpräsidenten Braun.

Sitzung der Zentrumsfraktion des Landtages.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 19. Juni. (Drahtber.)

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, an der auch die Führer der Reichstagsfraktion die Abgeordneten von Guérard und Stegerwald, sowie die drei Zentrumsminister im preußischen Staatsministerium teilnahmen. Die Fraktion gab nach Beendigung der Sitzung, die sich auf drei Stunden ausdehnte, folgende Erklärung heraus:

„Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages trat heute zu einer Erörterung der augenblicklichen innenpolitischen Lage zusammen. Seitens der Reichstagsfraktion nahmen die Herren von Guérard und Stegerwald teil. Nach eingehender Erörterung ging die einmütige Auffassung der Fraktion dahin, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, eine Erweiterung der preußischen Regierungskoalition könne nur in Frage kommen, wenn eine nicht zur Koalition gehörige preußische Fraktion den bisherigen Koalitionsparteien gegenüber ihren Wunsch, in die Regierungskoalition einzutreten, zum Ausdruck bringe. Eine Erklärung dieser Art ist an die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages von keiner der nicht zur preußischen Koalition gehörenden Fraktionen des Preußischen Landtages herangekommen. Es bleibt für die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages bei der am 9. Juni dieses Jahres durch den Abgeordneten Herold im Plenum des Preußischen Landtages abgegebenen Erklärung der Regierungsparteien".

Diese parteioffiziöse Verlautbarung bedarf noch einiger Ergänzungen, um in ihrer Gesamtheit völlig klar erkannt werden zu können. Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß in gewissen politischen Kreisen des Reichstages die Behauptung aufgestellt worden ist, die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages sei schuld daran, daß die zur Bildung der Reichsregierung unternommenen Schritte bisher noch kein Resultat gezeitigt hätten. Die Väter dieser Behauptung wollten für sich damit in Preußen Kapital herausschlagen. Sie glauben nämlich, die Zentrumsfraktion des Reichstages werde auf die preußische Zentrumsfraktion einen Druck zur Erweiterung der preußischen Koalition ausüben. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat es bekanntlich mehrmals ganz entschieden betont, daß sie etwas derartiges nicht beabsichtige. Wenn nunmehr die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages von einer einmütigen Auffassung der Fraktion spricht und gleichzeitig erwähnt, daß in der Fraktionssitzung die Abgeordneten von Guérard und Stegerwald anwesend waren, so kommt damit zum Ausdruck, daß auch die preußische Fraktion in völliger Geschlossenheit gewillt ist, ihre absolute Selbständigkeit in den Fragen der Regierungsbildung in Preußen zu wahren.

Die Versuche, die beiden Zentrumsfraktionen gegeneinander auszuspielen, sind also mißglückt. Im übrigen hätte es die Deutsche Volkspartei durchaus nicht notwendig, über Hintertreppen in die Preußische Regierung gelangen zu wollen. Wenn ihr so sehr daran gelegen war, in die preußische Koalition aufgenommen zu werden, so hätte sie längst Gelegenheit gehabt, mit einem diesbezüglichen Wunsch an die Vertreter der preußischen Regierungsparteien heranzukommen. Man hätte auch annehmen können, daß dies geschehen werde, da die preußische Fraktion der Deutschen Volkspartei bereits vor 10 Tagen einen Ausschuß für evtl. Verhandlungen über die Erweiterung der Koalition gebildet hat. Wenn nun heute nach dem neuesten Beschluß dieser Viererkommission dem Ministerpräsidenten Braun, der Montag noch vom Besuch seiner Gattin in Oeynhausen zurückgekehrt ist, die volksparteilichen Wünsche unterbreitet worden, so können die Verhandlungen angebahnt werden Maßgebende Besprechungen dürften aber doch vor dem 10. Juli, d. h., vor dem Wiederzusammentreten des Preußischen Landtages, nicht stattfinden. Wie wir nämlich hören, beabsichtigt die preußische Zentrumsfraktion nicht, vor diesem Termin nochmals eine Sitzung abzuhalten. Die Demokraten und die Sozialdemokraten wollen ebenfalls ihre Fraktionen vor dem genannten Zeitpunkt nicht einberufen. Man kann daher annehmen, daß die Regierungsbildung im Reich beendet ist, bevor die Dinge in Preußen ernsthaft in Fluß kommen.

Erwähnt sei noch, daß die Sitzung der Zentrumsfraktion mit einer Ehrung für den Abgeordneten Herold eingeleitet wurde, der bekanntlich auf eine dreißigjährige Parlamentstätigkeit als Doppelmandatur für Reichstag und Landtag zurückblicken kann.

Bazille vor dem Sturz?

Regierungserklärung im Württembergischen Landtag.

Stuttgart, 19. Juni.

Im Württembergischen Landtag ist bekanntlich ein Mißtrauensvotum gegen den bisherigen deutschnationalen Staatspräsidenten und jetzigen Kultusminister Bazille mit Stimmengleichheit (40:40) abgelehnt worden. An seiner Person sind auch nachträgliche Bemühungen der neuen württembergischen Regierung, die Deutsche Volkspartei für den Beitritt in die aus Bauernbund, Deutschnationalen und Zentrum bestehende Koalition zu gewinnen, gescheitert. In einer Entschließung des Landesausschusses der Deutschen Volkspartei, der gestern getagt hat, wird zum Ausdruck gebracht, daß Bazille als Kultusminister nach wie vor für die Partei untragbar sei und eine Aenderung in dieser Richtung unerläßliche Voraussetzung des Eintrittes in die Regierung sein müsse. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß Bazille die Unhaltbarkeit seiner Stellung einsehe und im staatspolitischen Interesse die bürgerliche Regierung nicht an seiner Person scheitern lasse.

In der heutigen Landtagssitzung gab Staatspräsident Dr. Bolz eine Regierungserklärung ab, die sich zunächst gegen die Auffassung wendet, als ob der Wahlerfolg der Sozialdemokraten eine Verurteilung der Landespolitik der abgelaufenen Jahre bedeute, die die Sozialdemokratie zur Führung bestimme. Der Staatspräsident besprach dann die Aufgaben der württembergischen Politik und stellte voran die Fragen betreffend das Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Die Regierung widerstrebe nicht einer Aenderung der Zahl und des Gebietsumfanges der Länder, sofern die Betroffenen selbst eine Aenderung wünschten. Sie sei auch zu weitgehender Rechtsangleichung in den Ländern auch auf dem Gebiet des Steuerrechts und der Verwaltung bereit. Der geeignete Weg hierzu sei aber die Vereinbarung der Länder, auch unter Führung des Reiches. Ein Hauptgrund der Mißstände sei die Zuständigkeitsabgrenzung. Es bestehe keine sachliche Notwendigkeit, daß das Reich in immer weitere Verwaltungsaufgaben eindringe Das sei nur eine Erschwerung und Verteuerung der Verwaltung. Die Regierung kämpfe an gegen die Zentralisierung der Gesetzgebungsgewalt und der Verwaltungshoheit. Besonders gefahrdrohend seien die Zentralisierungsbestrebungen im Geldwesen. Sie bedeuteten eine erhebliche Gefahr für das heimische Geldwesen und die heimische Wirtschaft. Der Staatspräsident befaßte sich dann mit den Spezialaufgaben des Landtages

In der Aussprache über die Regierungserklärung betonte der Abgeordnete Keil (Soz.), die seitherige Regierung sei geschlagen und habe nach der gesunden Logik der Wähler zurückzutreten. Die Sozialdemokraten sprächen der neuen Regierung ihr Mißtrauen aus.

Bocholter-Kriegerverein

Diejenigen Kameraden welche in diesem Jahre 50 bezw. 25 Jahre Mitglied des Vereins sind, wollen sich bis spätestens Sonntag den 30. Juni beim Kameraden Anschlag Rebenstr. melden.
Der Vorstand.

Goldene **Damen-Armbanduhr** Sonntag am Westend **verloren.** Wiederbringer erhält Belohnung. Näheres Nobelstr. 42

Bauschule Rastede i. O. von C. Rohde. Progr. frei. Polierkurse und Vorbereitung auf die Meisterprüfung.

3-4 Zimmer-wohnung im Neubau sofort zu vermieten. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein besseres möbl. **Zimmer** mit voller Pension ist zu vermieten. Wo? ist zu erfragen i. d. Geschäftsst. d. Bl.

Ia. Dortmunder Exportbier Großbrauerei, die zur Stillegung gelangt hat noch einige tausend Hektoliter feinsten Exportbieres an solvente Großabnehmer sofort günstig abzugeben. Angebote unter B5039 an die Gesch. ds. Bl. erbeten.

Zehntausend **Steckrübenpflanzen** sind zu haben bei: **Gerhard Schepers,** Notring Lankern.

Es sei Pflicht der Regierung, sich um ein Vertrauensvotum zu bewerben.

*

Die württembergische Regierung hat im Landtag keine Mehrheit. Nur dadurch, daß bisher die drei Abgeordneten des Christlichen Volksdienstes, einer evangelischen Partei, ihr ihre Unterstützung liehen, konnte sie den vierzig Stimmen der Opposition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie ebenfalls 40 Stimmen entgegenstellen. Wenn aber, wie das im Preußischen Landtag öfter geschehen ist, jetzt eine der Oppositionsparteien etwa auf den Trick verfallen würde, ein Vertrauensvotum einzubringen, natürlich in der Absicht, dagegen zu stimmen, so würde sich dafür keine Mehrheit finden. Das Stimmenverhältnis würde bei voller Besetzung des Hauses höchstens 40:40 sein. Der Vertrauensantrag würde also abgelehnt werden und damit die Regierung zum Rücktritt gezwungen sein. Hinzu kommt aber, daß der Christliche Volksdienst durch sein Organ hat mitteilen lassen, daß ihm ein Bestehen der bisherigen Gleichgewichtsregierung auf die Dauer unmöglich erscheine. Eine sichere Mehrheit würde die Große Koalition im Württembergischen Landtag haben. Ob sich die Deutsche Volkspartei zur Unterstützung der Regierung Bolz bereit findet, wenn diese den sehr reaktionären Herrn Bazille auszuschiffen sich entschließt, bleibt abzuwarten.

Kein Rücktritt der oldenburgischen Regierung.

◇ **Oldenburg,** 19. Juni. Der Oldenburgische Landtag trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurde festgestellt, daß das Zentrum noch 32 weitere Stimmen zugeteilt erhält und deswegen Anspruch auf einen weiteren Abgeordneten hat. Der Berichterstatter des Prüfungsausschusses gab bekannt, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Wahlvergehens in einigen südlichen Gebieten eingeleitet habe. Die Wahl von 47 Abgeordneten wurde für gültig erklärt. Zum ersten Präsidenten wählte der Landtag mit 27 von 45 abgegebenen Stimmen den Abgeordneten Zimmermann (Soz.). Ministerpräsident Finckh gab dann die Regierungserklärung ab, die besagt, daß die oldenburgische Regierung sich nicht veranlaßt sehe, auf Grund des Wahlausfalles zurückzutreten. Die Regierung erklärt aber ihre Bereitschaft zum sofortigen Rücktritt, wenn der Landtag sich über die Bildung einer neuen Regierung geeinigt habe.

*

Das Ministerium Finckh, hinter dem das Zentrum und die in einer Fraktion vereinigten Deutschnationalen und Volksparteiler stehen, kann sich gegenüber einem von der Linken eingebrachten Mißtrauensvotum nur behaupten, wenn dieses auch von der Christlich-nationalen Bauernpartei und den Nationalsozialisten abgelehnt wird. Eine sichere Mehrheit im Oldenburgischen Landtag hat die Weimarer Koalition.

Die neue Regierung in Schaumburg-Lippe.

¶ **Bückeburg,** 18. Juni. In der heutigen Sitzung des Schaumburg-Lippischen Landtages wurde die neue Regierung gebildet. Sie besteht aus zwei Sozialdemokraten, einem Volksparteiler und einem Demokraten. Die Regierungsmitglieder Kappmeier und Seiger (Soz.) wurden wiedergewählt. Fabrikdirektor Langershausen-Stadthagen (DVp.) sowie Bankier Rinne-Bückeburg (Dem.) wurden neu gewählt.

Preußischer Staatsrat.

◈ **Berlin,** 19. Juni. Der preußische Staatsrat nahm ohne Aussprache Kenntnis von dem Ministerialbeschluß auf Eingliederung von Gelsenkirchen in die staatliche Polizeiverwaltung Recklinghausen. Auch gegen die Verfügung über die Festlegung eines Mindestkapitals für rechtsfähige Stiftungen wurde ein Einspruch nicht erhoben. Nach dieser Neuregelung soll als Voraussetzung für die Genehmigung selbständiger Stiftungen ein Mindestkapital von 5000 Mark festgelegt werden. Es wird jedoch zugelassen, daß in besonders gearteten Fällen ein geringeres Vermögen als ausreichend erachtet wird. Nächste Sitzung Mittwoch.

Kommunistische Amnestieanträge.

⌄ **Berlin,** 19. Juni. Der Rechtsausschuß des preußischen Landtags beschäftigte sich mit zwei kommunistischen Amnestieanträgen. Der eine Antrag fordert Vorlegung eines preußischen Gesetzes auf Straffreiheit für alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen in Preußen abgeurteilten Personen, der zweite Antrag ersucht das Staatsministerium, im Reichsrat und bei den Staatsbehörden für eine sofortige volle Amnestie aller von den Gerichten des Reiches und der Länder Verurteilten oder verfolgten proletarischen politischen Gefangenen einzutreten.

Ministerialdirigent Schäfer erklärte, das Staatsministerium habe materiell noch nicht zu der Frage der Amnestie Stellung genommen. Formell sei es fraglich, ob das Reich berechtigt sei, eine Amnestie zu erlassen, die bindend sei für die Länder. Das preußische Staatsministerium und auch andere Länder ständen auf dem Standpunkt, daß nicht das Reich, sondern die Länder in diesen Fragen zuständig seien. Am Mittwoch wird sich der Ausschuß mit dieser Frage weiter beschäftigen.

Der Fall Hölz vor dem Reichsbegnadigungsausschuß

◆ **Berlin,** 19. Juni. Eine Stunde vor dem Beginn der nächsten Reichstagssitzung wird auch der Reichsbegnadigungsausschuß zusammentreten. Der Ausschuß wurde im Jahre 1922 gebildet, als gutachtliche Instanz für den Reichspräsidenten bei der Begnadigung von Leuten, die wegen der Unruhen nach der Ermordung des Ministers Dr. Rathenau verurteilt worden waren. In der bevorstehenden Sitzung des Ausschusses wird der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Moses Bericht erstatten über die bisherige Tätigkeit des Ausschusses und über die noch nicht erledigten Fälle. Wie das V. D. Z.-Büro hört, wurden dem Ausschuß sofort 97 Fälle überwiesen, in denen die Gerichte insgesamt 550 Jahre Zuchthaus und 30 Jahre Gefängnis verhängt hatten. In kurzer Zeit wurden davon mehr als 70 Fälle durch Begnadigung erledigt, sodaß auch der größte Teil der Strafen überhaupt nicht zur Vollstreckung kam. Nur noch 11 der Verurteilten befinden sich heute hinter Kerkermauern, darunter 5 Mitglieder der sogenannten Plettnergruppe, die im mitteldeutschen Aufstand von sich reden machten. Auch diese fünf sind bereits für den 1. Juli zur Begnadigung vorgeschlagen. Die nun noch übrigbleibenden sechs Fälle will der Ausschuß nun noch erledigen, darunter befindet sich auch der Fall Hölz, zu dem der Begnadigungsausschuß unabhängig von dem eventuellen Wiederaufnahmeverfahren Stellung nehmen wird.

Zaleskis Deutschfeindlichkeit.

× **Warschau,** 19. Juni. Außenminister Zaleski gewährte einem Vertreter der offiziösen „Epoka" eine Unterredung, worin er sich im Zusammenhang mit seiner Reise nach Genf, Paris und Brüssel zu verschiedenen außenpolitischen Fragen äußerte. Der Minister wiederholte einleitend seine Thesen, die er schon in seiner Pariser Bankettrede geäußert hatte. Wer für die friedliche Revision der Verträge wirke, der arbeite gegen den Frieden. (!) und wer irgendwelche friedenssichernden Garantien in der Hand habe, dem sei es nicht gestattet, diese Sicherungen ohne Ersatz durch andere Friedensgarantien aus der Hand zu geben. Aus dem Lärm der deutschen Presse, der auf diese Pariser Bankettrede gefolgt sei, müsse man, so erklärte Zaleski weiter, folgern, daß in Deutschland der Wille zur Erhaltung des Friedens überhaupt nicht bestehe; doch fügte der Minister nach einer Weile noch hinzu, er wolle dies nicht glauben.

Was die kommende Reichsregierung anbetrifft, so meinte Zaleski, daß sie aus Männern bestehen werde, für die die Aufrechterhaltung des Friedens ein Gebot ihres politischen Glaubensbekenntnisses bedeute. Immerhin müsse sich aber die kommende Reichsregierung bewußt sein, daß keine Regierung ewig währe, und daß aus diesem Grunde internationale Verpflichtungen stets eine juristische Form tragen müßten und sich nicht auf das Vertrauen zu den augenblicklichen Leitern dieses oder jenes Staates stützen könnten.

Der Minister betonte im weiteren Verlaufe seines Interviews, daß seine Pariser Unterredungen in einer Atmosphäre der Herzlichkeit geführt worden seien. Als Zeichen der Volkstümlichkeit der polnisch-französischen Allianz in Frankreich könne gelten, daß an dem Pariser Bankett hervorragende französische Politiker und Parlamentarier in großer Zahl sich beteiligt hätten.

Minister Zaleski verwahrte sich sodann noch gegen die Unterstellung, daß er gelegentlich seiner letzten Reise gegen den Kelloggpakt aufgetreten wäre.

Was die polnisch-litauische Frage anbelangt, so erwarte er nun für Ende dieses Monats, daß die litauische Regierung in der in Kowno tagenden Sicherheitskommission und der in Warschau tagenden ökonomischen Kommission ihre Gegenvorschläge vorbringe. Wenn diese Vorschläge annehmbar seien, werde von polnischer Seite einer Unterzeichnung entsprechender Abkommen nichts im Wege stehen.

Der Minister verbreitete sich dann noch über die letzte Tagung des Völkerbundsrats, der er wegen der Stellungnahme zum albanisch-griechischen Streit in den Minderheitenschutzfragen eine besondere Bedeutung beimaß.

Korfanty-Anhänger als Spione verfolgt.

)(**Rybnik,** 18. Juni. Der Rybniker Berichterstatter der Kattowitzer Zeitung, der „Polonia", ist wegen Spionageverdachtes von der politischen Polizei verhaftet worden. Der Verhaftete war, bevor er die Stellung als Berichterstatter der „Polonia" antrat, aktiver Unteroffizier in der Rybniker Garnison.

Polnische Soldaten fahren durch Ostpreußen.

:: **Berlin,** 19. Juni. Polen hat nach seinem Abkommen vom 21. April 21 das Recht, Militärzüge durch Ostpreußen fahren zu lassen. Es wird davon zum ersten Mal am 27. d. M. mit einem Transport Gebrauch machen, der über Marienburg und Eylau geleitet wird.

Angebliche Waffenfunde in Ostoberschlesien.

() **Kattowitz,** 19. Juni. Der Korrespondent des B. T. meldet: In Wilcza Dolna im Kreise Rybnik hat die Polizei bei einem Deutschgesinnten namens Schwolek eine Haussuchung vorgenommen und Schwolek verhaftet. Die polnische Presse gibt an, die Verhaftung wäre erfolgt, weil bei Schwolek ein ganzes Waffenlager vorgefunden worden sei. Indessen erfahre ich von maßgebender Seite, daß die Waffen Schwolek unterschoben worden sind. Der vorgefundene deutsche Karabiner hat in einer Gartenhecke gelegen und war ganz trocken, obwohl es kurz vor der Haussuchung geregnet hatte. Der Sprengstoff lag in einer Ecke der Scheune, an der von außen her mehrere Latten ausgebrochen worden waren. Auffallend ist ferner, daß die Polizei die versteckten Waffen schon nach kurzem Suchen gefunden hat. Schwolek hatte unter den Deutschgesinnten seines Ortes für die deutsche Schule eine unerschrockene Agitation getrieben.

Italiens Schuld.

Wo ist wirklich Hilfe für Nobile?

16 Menschen schweben noch immer in höchster Lebensgefahr. Unheimlich der Gedanke, daß sie durch elektrische Wellen mit der Welt verbunden sind, daß aber dieselbe Welt ihnen keine Hilfe bringen kann. Seit Wochen, seit jenem Pfingstsamstag, an dem die „Italia" nicht wieder in Kingsbay erschien, sind die widersprechendsten Meldungen über die Rettung der Expedition im Umlauf. Diese Meldungen häuften sich, als man die Gewißheit besaß, daß Nobile und seine Mannen am leben sind. Rettungspläne wurden erwogen, Sachverständige äußerten sich teils pessimistisch, teils optimistisch, Flugzeuge werden ausgeschickt und müssen wieder umkehren, und immer noch treibt Nobile auf schwimmender Eisscholle einem ungewissen und schrecklichen Schicksal entgegen. Niemand wird sich des Eindrucks erwehren können, daß zwar vieles, aber nicht viel getan wird, daß zwar überall der heiße Wunsch besteht zu helfen und zu retten, daß aber die befreiende Tat fehlt. Vor allem muß man bedauernd eine energische und straffe Leitung des Rettungswerkes vermissen. Jeder geht auf eigene Faust vor und von keiner Stelle werden großzügige Mittel bereit gestellt, um auch großzügig handeln zu können. Private Initiative und staatliche Hilfe sind nirgends sauber unterschieden. Es hat ganz den Eindruck, als ob man irgendwie auf Wohltätigkeit und Menschenfreundlichkeit rechnet. So traurig es ist, man muß sagen, daß keine Stelle auf der Welt die Rettung der 16 verzweifelt mit dem Tode Kämpfenden ernstlich betreibt.

Wer trägt die Schuld? Wer setzt sich so grausam ins Unrecht? Gerade die Nation, die vor allem dazu verpflichtet wäre, zu helfen, großzügig und schnell zu helfen, läßt jede Initiative vermissen: Italien versteht zwar ausgezeichnet, Feste zu feiern und nach altrömischem Vorbilde Triumphzüge zu veranstalten, aber zu helfen, das versteht es nicht. Da ist Italiens Mussolini zu stolz, die Hilfe anderer Völker für seine verirrten Volksgenossen zu erbitten. An keine Nation ist der Ruf ergangen, an dem Rettungswerke für General Nobile teilzunehmen. Kein italienischer Führer ist aufgestanden, um nun mit allen Mitteln und unter Hintansetzung aller falschen Gefühle von Nationalbewußtsein die Rettung Nobiles so schnell und großzügig als möglich zu organisieren. Was hat Italien bis jetzt dazu getan, um die verirrte Expedition zu retten? Das Wenige, was unternommen wird, wird von schwedischen und norwegischen Fliegern geleistet. Und Italien muß es sich sagen lassen, daß Sowjet-Rußland, das eine bewundernswerte Energie für die Rettung Nobiles entfaltet, Italien an Opfermut weit übertrifft. Das Volksempfinden, das so viel einfacher und daher richtiger ist, als künstlich hochgezüchteter Nationalstolz, kann es nicht verstehen, daß so wenig für die unglückliche Italia-Besatzung getan wird. Von diesem Volksempfinden zeugen die unzähligen ermahnenden Zuschriften an die Regierungen, warum keine Rettungsexpedition ausgeschickt wird. Immer und immer wieder muß bedauernd geantwortet werden, daß von Italien kein Ruf um Hilfe ausgegangen ist, und daß man keine Möglichkeit sehe, ins Blaue hinein die Hilfe ins Werk zu setzen.

Und inzwischen vergeht kostbare Zeit. Immer weiter treibt Nobile auf schmaler Eisscholle dem offenen Meere zu, immer geringer werden die Lebensmittel und immer niedriger sinkt der Mut. Es geht fast über das menschliche Denken, den Verzweiflungskampf von 16 tapferen Männern durch die Wunder der Technik täglich miterleben zu können, ohne daß die Wunder der Technik imstande wären, Hilfe zu bringen. Sind sie wirklich nicht imstande? Bald wird diese Frage brennend werden, das Gewissen derer, die nicht ihr Alles daran gesetzt haben, um zu retten, wird mit einer ewigen Schuld beladen sein.

*

Die Rettungsexpeditionen.

Auch das schwedische Flugzeug nach Tromsoe zurückgekehrt.

— **Oslo,** 18. Juni. Ebenso wie das finnische ist auch das schwedische Hilfsflugzeug wegen Ueberlastung nach Tromsoe zurückgekehrt.

Maddalena in Kingsbay gelandet.

— **Kingsbay,** 18. Juni. Major Maddalena ist heute abend um 8,40 Uhr bei schönem Wetter hier gelandet.

Major Penze in Tromsoe.

:: **Tromsoe,** 19. Juni. Der italienische Major Penze ist auf dem Wege nach Spitzbergen von Pulea kommend mit seinem Dornierwalflugzeug hier gelandet.

Eisbrecher „Krassin" soll es schaffen.

:: **Leningrad,** 19. Juni. Heute wurde der Aeroarktiskongreß eröffnet, zu dem zahlreiche ausländische Gelehrte, darunter Nansen und Bruns eingetroffen sind. In einem Presseinterview sprach Nansen die Ueberzeugung aus, daß die Rettung Nobiles durch den Eisbrecher „Krassin" möglich sei. Nansen teilte weiter mit, daß er im nächsten Jahre einen Transarktisflug mit einem deutschen Luftschiff plane.

Keine Nachricht von Amundsen.

Oslo, 19. Juni. Es liegen keinerlei Nachrichten darüber vor, daß das zur Beteiligung an den Rettungsarbeiten für Nobile entsandte französische Wasserflugzeug „Latham" in Spitzbergen angekommen ist. Man glaubt jetzt allgemein, daß das Flugzeug sich direkt nach dem Nordostland begeben und die Suche nach Nobile sofort aufgenommen hat. Wie es heißt, hat Amundsen, der sich ja dieser Expedition angeschlossen hat, vor der Abfahrt einige Worte fallen lassen, die eine derartige Absicht anzudeuten schienen. Adolf Hoel, ein Sachverständiger der Spitzbergenforschung, wird, wie hier verlautet, entsandt werden, um sich der Expedition des russischen Eisbrechers „Krassin" anzuschließen.

*

Das Schicksal des Flugzeuges „Latham".

× **Oslo,** 19. Juni. Hier ist man weiter ohne Nachrichten vom Flugzeug „Latham". In den ersten Stunden nach dem Abflug der „Latham" hat das geophysische Institut in Tromsoe Meldungen des Flugzeuges aufgefangen. Die Verbindung hörte aber hörte aber plötzlich auf, da der elektrische Strom in Troemsoe unterbrochen wurde. Die funkentelegraphische Station der Bären-Insel hat die „Latham" weder gesehen noch gehört. Auf Spitzberger herrscht immer schönes Wetter. Hier ist man über das Schicksal der „Latham" nicht beunruhigt, da man allgemein glaubt, das Flugzeug sei unmittelbar nach dem Standort der „Italia"mannschaft geflogen. Nach einem Tromoer Telegramm an eine Bergerner Zeitung habe die funkentelegraphische Station Green Harbour Meldungen der „Latham" um 3 Uhr früh erhalten.

*

Keine Spur!

× **Rom,** 19. Juni. „Agencia Stefani" veröffentlicht einen Funkspruch der „Citta di Milano", in dem es heißt, Riiser Larsen und Lützow Holm seien bei ihrer Rückkehr von ihrem gestrigen Fluge unterrichtet worden, daß sie von Nobile in einer Entfernung von etwa 2 Kilometern gesichtet wurden. Mit bewunderungswürdigem Eifer unternahmen beide sofort mit demselben Apparat einen neuen Flug, aber auch diesmal gelang es ihnen nicht, Nobile zu erblicken. Major Maddalena startete heute früh 5,25 Uhr in Begleitung von Leutnant Cagna und des Mechanikers Rampini. Er überflog die „Braganza" in der Nähe des Nordkaps in dem Augenblick, als die norwegische Maschine zurückkehrte. Auch Maddalena gelang es nicht, Nobile zu finden. Maddalena kehrte 11,45 Uhr wieder nach Kingsbai zurück. Nobile wurde dahin unterrichtet, daß er bei dem nächsten Fluge der S. 55 dem Flugzeuge radiotelegraphisch die Route angeben solle, sobald das Flugzeug in Sicht käme.

Amerika und die Lage in China.

Eine Warnung an Japan.

⌄ **Washington,** 19. Juni. Im Staatsdepartement wurde heute eine Stellungnahme zu der Aeußerung des Vizepräsidenten der südmandschurischen Eisenbahn, Matsuoka, daß Japan das Vordringen der südchinesischen Streitkräfte in der Mandschurei gegebenenfalls mit Waffengewalt verhindern werde, abgelehnt und zwar mit der Begründung, daß Matsuoka kein Mitglied der japanischen Regierung sei. Es wurde jedoch gesagt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten demnächst ein Kommuniqué über die Haltung Amerikas gegenüber der durch den Sieg der Kuomintang-Partei geschaffenen neuen Lage herausgeben werde. Die „Newyork Times" warnen Japan vor einer Wahrmachung der Drohung Matsuokas, da ein derartiges Vorgehen den Unwillen der anderen Mächte und die bittere Feindschaft Chinas zur Folge haben würde.

Erhebung Nankings zur Hauptstadt Chinas.

:: **Paris,** 19. Juni. Havas meldet aus Schanghai: Alle Amtsräume der südchinesischen Regierung befinden sich noch in Schanghai und zwar in der internationalen und der französischen Zone, wo auch die chinesischen Beamten wohnen. Die offizielle Hauptstadt Nanking ist lediglich der Tagungsort des politischen Rates, der sich darauf beschränkt, die in Schanghai gefaßten Entschließungen zu billigen. Auf den 20. Juni hat der Finanzminister eine wirtschaftliche Konferenz von chinesischen Bankiers, Finanzleuten und Handeltreibenden einberufen, die sich mit dem von den Südchinesen seit langer Zeit vorbereiteten Entwürfen, insbesondere mit der Abschaffung der Binnenzölle und der Erhöhung der Zollsätze beschäftigen soll.

Kein Geheimabkommen Japans mit Tschangtsolin.

◆ **Paris,** 19. Juni. Die japanische Botschaft läßt durch Havas eine Erklärung veröffentlichen, in der die vom „Petit Parisien" verbreitete Nachricht, daß der japanische Gesandte in Peking ein Geheimabkommen mit Tschangtsolin unterzeichnet habe, als jeder Begründung entbehrend bezeichnet wird.

Die Unsicherheit über das Schicksal Tschangtsolins.

× **Paris,** 19. Juni. Der Korrespondent des „Petit Parisien" in Peking berichtet, daß man in diplomatischen Kreisen offiziell den Tod Tsanglolins, dessen Nachfolger noch nicht ernannt sei, bestätigt,

Von Nah und Fern.

Die Kokerei der Zeche Glückauf-Tiefbau stillgelegt.

:: **Barop,** 19. Juni. Die Kokerei der Zeche Glückauf-Tiefbau in Barop ist jetzt endgültig stillgelegt worden. Die Belegschaft von 80 Mann ist bereits entlassen. Nur einige technische und kaufmännische Beamte sind noch bis Ende des Monats beschäftigt.

Das Urteil im Totschlag-Prozeß Vogler.

:: **Berlin,** 19. Juni. Im Totschlagsprozeß gegen den früheren Eisenbahnbeamten Vogler, der beschuldigt war, seine Ehefrau vom Balkon heruntergeworfen zu haben, wurde heute der Angeklagte Vogler wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, das Gericht nehme nicht als erwiesen an, daß Vogler seine Frau von dem Balkon heruntergeworfen habe. Der Angeklagte hätte aber, als die Frau von dem Balkon springen wollte, die Pflicht gehabt, sie davon abzuhalten.

Ein Mord.

)(**Berlin,** 19. Juni. Heute nacht fanden Bewohner eines Hauses in Berlin-Tempelhof einen 50 Jahre alten Böttchermeister in seiner Werkstätte in einer großen Blutlache tot auf. Der von der Mordkommission hinzugezogene Gerichtsarzt stellte fest, daß der Böttchermeister unzweifelhaft von fremder Hand getötet worden ist. Die Pulsadern an beiden Händen waren durchschnitten. Ferner hatte der Tote eine schwere Verletzung am Halse und die Schädeldecke war zertrümmert. Von dem Täter hat man bisher keine Spur.

Die Verhaftung des Leipziger Bahnräubers.

◇ **Leipzig,** 19. Juni. Der Bahnräuber auf der Strecke Halle—Leipzig wurde als der 31 Jahre alte Gärtner Paul Spieß aus Dieburg ermittelt. Er wurde bei einem erneuten Versuch am 19. Juni von Bahnüberwachungsbeamten überrascht. Zwischen Lützschena und Scheuditz bemerkten die Beamten, wie ein Mann den fahrenden Zug ansprang, den Wagen öffnete und Güter herauswarf. Als der Räuber merkte, daß er entdeckt war, versuchte er zu flüchten, wobei nach ihm geschossen und er im Rücken verletzt wurde. Spieß hat, wie feststeht, Mittäter, die aber noch nicht ermittelt werden konnten. Auch waren die Nachforschungen nach dem Verbleib der geraubten Güter bisher ohne Erfolg.

Ein Autounglück.

◇ **Oppeln,** 19. Juni. Auf der Straße von Oppeln nach Posel überschlug sich ein Auto. Die vier Insassen wurden auf die Straße geschleudert und z. T. schwer verletzt. Eine ältere Dame erlitt einen Schädelbruch, ein junger Mann einen Beckenbruch. Die Verunglückten wurden nach Opeln gebracht.

Ein Dorf durch Feuer zerstört.

▲ **Warschau,** 19. Juni. In Molodowo bei Bialystock ist ein Brand ausgebrochen, dem das ganze Dorf zum Opfer fiel. 52 Wohnhäuser und über 100 Wirtschaftsgebäude wurden ein Raub der Flammen.

Ein schwerer Autounfall.

:: **London,** 19. Juni. Bei Cressing (Essex) stürzte gestern ein Lastauto in dem sich 30 Arbeiter befanden, in einen Graben. 28 Arbeiter wurden verletzt, davon drei schwer.

In der Wüste verschollen.

)) **Bassorah,** 19. Juni. Englische Heeresflugzeuge stellen seit gestern morgen Nachforschungen in der Wüste nach einem Automobil an, das am Sonnabend morgen Bassora mit 21 Reisenden verlassen hat, aber an seinen Bestimmungsort, Nastriyah, nicht eingetroffen ist und auch seitdem nicht wieder gesehen wurde.

Eine Bomben-Explosion in Detroit.

:: **Detroit,** 18. Juni. In einem Seiteneingang des hiesigen Bezirksgerichtshofes explodierte heute eine Bombe, wodurch eine ungeheure Panik verursacht wurde. Eine Reihe von Personen wurden durch Glassplitter verletzt.

Letzte Meldungen.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

:: **Berlin,** 19. Juni. Der Reichspräsident empfing heute die deutschen Gesandten Stieve und Schröter zum Vortrag.

Die Reise Dr. Stresemanns.

Berlin, 19. Juni. Wie die „Tägliche Rundschau" erfährt, wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann seinen Erholungsurlaub nicht im Laufe des heutigen Tages, sondern erst in der zweiten Hälfte der Woche antreten. Er begibt sich zunächst nach dem südlichen Schwarzwald in ein Sanatorium.

Der „Berliner Mittag" eingegangen.

┼ **Berlin,** 19. Juni. Die von Chefredakteur Dr. Paul Oestereich nach seinem Ausscheiden aus der „Börsenzeitung" als rechtsgerichtetes Organ gegründete Mittagszeitung, der „Berliner Mittag", teilt mit, daß sie einstweilen ihr Erscheinen wegen der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse einstellt.

Der neue Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts.

)) **Hamburg,** 19. Juni. Die Senate der Hansestädte ernannten durch gemeinschaftlich vollzogene Wahl den Rechtsanwalt Dr. jur. und Dr. rer. pol. h. c. Wilhelm Kiesselbach, der bei den Freigabeverhandlungen sich außerordentliche Verdienste erworben hat, zum Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts.

Die Haftentlassung Ricklins und Rossés abgelehnt.

:?: **Paris,** 19. Juni. Wie Havas aus Colmar berichtet, ist der Antrag auf vorläufige Haftentlassung von Dr. Ricklin, Rossé, Faßhauer und Schall abgelehnt worden. Bei der Verkündung der Entscheidung erklärte Dr. Ricklin: „Das ist sehr bedauerlich, das ist ein Unglück". — Der katholische elsässische Abgeordnete Michel Walter erklärt, daß er im Hinblick auf die Ablehnung der vorläufigen Haftentlassung der Abgeordneten Ricklin und Rossé seinen in der vergangenen Woche zurückgezogenen Antrag wieder aufnehme und daß er die Freilassung der beiden von der Kammer jetzt bestätigten Abgeordneten verlangen werde.

Verbot politischer Propaganda in Spanien.

:: **Paris,** 19. Juni. Das „Journal" meldet aus Madrid, daß ein Dekret veröffentlicht worden sei, in dem jede Diskussion oder Propaganda politischer Art in privaten Klubs verboten werde.

Berthelot in London.

:: **London,** 19. Juni. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, der Generalsekretär des Quai d'Orsay Philippe Berthelot sei am Sonntag abend unerwartet in London eingetroffen. Ueber den Zweck seines Besuches, der im Londoner diplomatischen Kreisen ziemliche Ueberraschungen hervorgerufen habe, sei nichts sicheres bekannt. In französischen Kreisen sei gestern verschiedentlich die Mutmaßung ausgesprochen worden, es handele sich um von Poincaré gewünschte Aenderungen in der Besetzung höherer Stellen des französischen diplomatischen Dienstes innerhalb und außerhalb Frankreichs. Auch werde von der Möglichkeit gesprochen, daß Erörterungen über die Tanger-Frage oder das spanische Petroleummonopol, oder die Politik der Mächte in China geführt werden sollen.